

**18. Wahlperiode**

**Schriftliche Anfrage**

**des Abgeordneten Sebastian Schlüsselburg (LINKE)**

vom 24. Juni 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 25. Juni 2020)

zum Thema:

**Datenerhebungsverfahren von Ordnungswidrigkeiten und Bußgeldern im Zusammenhang mit den Corona-Eindämmungsverordnungen**

und **Antwort** vom 14. Jul. 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 15. Jul. 2020)

Herrn Abgeordneten Sebastian Schlüsselburg (LINKE)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

## **A n t w o r t**

**auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/23846**

**vom 24. Juni 2020**

**über Datenerhebungsverfahren von Ordnungswidrigkeiten und Bußgeldern im Zusammenhang mit den Corona-Eindämmungsverordnungen**

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. In der Antwort auf die Frage 1 in der Schriftlichen Anfrage Nr. 18/23473 antwortete der Senat, dass eine gesonderte Erfassung von Verstößen gegen die SARS-CoV-2 EindmaßnV in den Bezirken nicht erfolge und folglich auch eine Aufschlüsselung von Verstößen nach Kalenderwochen sowie die Entwicklung in absoluten und relativen Zahlen von Kalenderwoche zu Kalenderwoche nicht möglich sei: Inwieweit trifft dieser Befund auch auf alle Ordnungswidrigkeitstatbestände sowie auf dieser Grundlage ergangene Bußgelder der bisher ergangenen SARS-CoV-2 EindmaßnVen zu, und aus welchen technischen oder sonstigen Gründen ist dies der Fall?

Zu 1.:

Die SARS-CoV-2-Eindämmungsmaßnahmenverordnung wurde und wird hinsichtlich der Ahndung von Ordnungswidrigkeiten von den Bezirken in eigener Verantwortung vollzogen. Vorgaben für die statistische Erfassung und Aufbereitung der Verwaltungsvorgänge gibt es diesbezüglich nicht. Die statistische Aufbereitung der Vorgänge findet daher nach unterschiedlichen Maßgaben in den einzelnen Bezirken statt.

Eine technische Unterstützung für die Bearbeitung von Ordnungswidrigkeitenverfahren und deren statistische Auswertung bietet grundsätzlich das Fachverfahren EurOwiG. Das Programm arbeitet bei der Auswertung unter Bezugnahme auf verbale Umschreibungen und die Nennung von einzelnen, einen Ordnungswidrigkeitstatbestand umreißen Paragraphen. Das Einsteuern dieser Eckdaten in das Fachverfahren erfordert naturgemäß eine gewisse Zeit. Hinsichtlich der jeweils an die epidemiologische Lage angepassten Eindämmungsmaßnahmenverordnung ist ferner festzuhalten, dass diesbezüglich die Schwierigkeit bestand, nicht fortlaufend auf die vorgenannten Parameter einer beständigen Paragraphenkette nebst unveränderter verbaler Umschreibung abstellen zu können. Auch wegen der zeitlich jeweils relativ stark begrenzten Geltungsdauer der einzelnen Fassungen der Verordnung ist nach alledem festzuhalten, dass eine einheitliche statistische Auswertung der Ordnungswidrigkeitenverfahren mittels Software-Unterstützung in der angefragten Detailtiefe, insbesondere der Aufgliederung nach Wochen nicht möglich ist.

Die in der Antwort auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/23 473 getroffene Aussage gilt somit nicht nur für den dort genannten Bereich des Einzelhandels.

2. Inwieweit werden und wurden Ordnungswidrigkeitenanzeigen wegen Verstößen gegen die SARS-CoV-2-EindmaßnV sowie auf dieser Grundlage ergangene Bußgelder neben den bezirklichen Ordnungsämtern auch von der Polizei Berlin oder anderen Stellen erfasst und dem Senat gemeldet? Ist bei diesen eine Aufschlüsselung nach unterschiedlichen Tatbeständen sowie die Entwicklung von absoluten und relativen Zahlen von Kalenderwoche zu Kalenderwoche möglich? Wenn nein, warum nicht?

Zu 2.:

Eine automatisierte und anlasslose Meldung festgestellter Verstöße gegen die SARS-CoV-2-Eindämmungsmaßnahmenverordnung an den Senat fand und findet nicht statt. Die SARS-CoV-2-Eindämmungsmaßnahmenverordnung wurde und wird hinsichtlich der Ahndung von Ordnungswidrigkeiten von den Bezirken in eigener Verantwortung vollzogen. Die von der Polizei Berlin gemachten Feststellungen werden an die Ordnungsämter der Bezirke zur weiteren Bearbeitung und Entscheidung übermittelt.

Bei anlassbezogenen Mitteilungen der Bezirke an den Senat zu den Ordnungswidrigkeitenverfahren im Zusammenhang mit der SARS-CoV-2-Eindämmungsmaßnahmenverordnung bestehen die zu Frage 1 dargelegten Grenzen einer statistischen Aufgliederung.

3. Welche technischen und sonstigen arbeitsorganisatorischen Schritte sind erforderlich, um eine transparente Aufschlüsselung von Verstößen gegen die unterschiedlichen Ordnungswidrigkeitstatbestände der früheren und aktuellen SARS-CoV-2 EindmaßnV nach Kalenderwochen sowie die Entwicklung in absoluten und relativen Zahlen von Kalenderwoche zu Kalenderwoche gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit zu ermöglichen und beabsichtigt der Senat, dies umzusetzen? Wenn ja, bis wann? Wenn nein, warum nicht?

4. Welche sonstigen Informationen oder Tatsachen gibt es, die im Sachzusammenhang des Fragegegenstandes stehen und dem weiteren Verständnis des Sachverhaltes dienlich sind?

Zu 3. und 4.:

Eine detaillierte statistische Aufbereitung der Ordnungswidrigkeitenverfahren im Zusammenhang mit der SARS-CoV-2-Eindämmungsmaßnahmenverordnung wäre zumindest sehr personalintensiv; grundsätzlich denkbar ist auch eine Überarbeitung der verwendeten Software. Insgesamt lässt sich aber festhalten, dass durch eine Verbesserung der statistischen Aufbereitung die tatsächliche Vollzugstätigkeit nebst der Ahndung von Ordnungswidrigkeiten aufgrund des dann anderweitigen Personaleinsatzes deutlich an Effizienz verlieren würde.

Eine bezirksübergreifende Aufbereitung der Ordnungswidrigkeitenverfahren in dem hohen zeitlichen und fachlichen Detaillierungsgrad wäre nur durch massiven Personaleinsatz und unter Einzeldurchsicht der Verwaltungsvorgänge möglich. Die Vergleichbarkeit der dabei festzustellenden Daten wäre dabei letztlich erst im Laufe der Aufarbeitung der Unterlagen abzuschätzen. Bereits jetzt ist aber festzuhalten, dass eine zahlenmäßige Vergleichbarkeit der Daten aus den einzelnen Bezirken wegen der je eigenen und je nach epidemiologischer Lage auch je Zeitpunkt unterschiedlichen Schwerpunktsetzung beim Vollzug der SARS-CoV-2-Eindämmungsmaßnahmenverordnung nur in sehr begrenztem Umfang möglich sein dürfte. Wegen der häufig notwendigen Anpassung der SARS-CoV-2-Eindämmungsmaßnahmenverordnung an die epidemiologische Lage war der Geltungszeitraum der einzelnen Regelungen mitunter kurz, so dass eine statistische Auswertung nur sehr eingeschränkt Aussagen zulassen würde.

Der Senat sieht die Aufgabe der Bezirke hinsichtlich der zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie erlassenen Verordnungen darin, deren Umsetzung zu fördern. Hierzu gehört neben der Überwachung der Einhaltung der Regelungen gegebenenfalls auch die Feststellung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten. Der Senat sieht die Hauptaufgabe der Bezirke nicht in der statistischen Aufbereitung der im Rahmen ihrer Vollzugstätigkeit geführten Verwaltungsverfahren.

Berlin, den 14. Juli 2020

In Vertretung  
Martin Matz  
Senatsverwaltung für Gesundheit,  
Pflege und Gleichstellung